

Absender:

**FDP-Fraktion im Rat der Stadt**

**19-10066**

**Anfrage (öffentlich)**

Betreff:

**Dringlichkeitsanfrage : Wie ist die Stadt auf plötzliche finanzielle Engpässe vorbereitet ?**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

11.02.2019

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

Status

12.02.2019

Ö

**Sachverhalt:**

Die Bundesregierung hat angekündigt, dass der Bund mit Einnahmeausfällen in Höhe von 25 Milliarden € (**Zeitraum 5 Jahre?**) rechnet. Ursache sei die einbrechende Konjunktur.

Weiterhin wurde eine Studie der Universität Halle bekannt (<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/brexit-koennte-100-000-jobs-in-deutschland-gefaehrden-16033722.html>), die Regionen, die wie die Region Braunschweig stark von der Automobilindustrie geprägt sind, bei einem harten Brexit hohe wirtschaftliche Probleme voraussagt. Diese Auswirkungen werden unweigerlich auch die Länder und Kommunen betreffen und damit die Einnahmeaussichten der Stadt Braunschweig.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1. Mit welchen Einnahmeausfällen rechnet die Verwaltung aufgrund der einbrechenden Konjunktur sowie bei einem harten Brexit?
2. Welche Maßnahmen außer einer allgemeinen Haushaltssperre - z. B. der Verzicht oder die Zurückstellung konkreter Projekte - könnten aus Sicht der Verwaltung erfolgen?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, um Ausgaben, vor allem solche, die die Stadt dauerhaft belasten, ganz oder teilweise zu reduzieren, wenn sich eine Verringerung der Einnahmen abzeichnet, aber noch nicht realisiert hat?

**Anlagen:** keine